



# Thurgauer Akzente

Aktuelles der Evangelischen Volkspartei Nr. 19 / November 2019

## Inhalt

### Thurgauer Politik:

Aktuelles aus dem Grossen Rat: S. 2 + 3.

Podium «Suchtmittel – im Spannungsfeld von Liberalisierung und Prävention»: S. 5.

Einladung zum Neujahrsempfang: S. 5.

Rückblick auf die NR-Wahlen aus Sicht der \*jev: S. 6.

Einbürgerungsgesetz: S. 6.

### Eidgenössische Politik:

EVP-Resolution «Menschen sind keine Ware»: S. 3.

Elternzeit in der Schweiz und Europa: S. 1.

Abstimmungsthemen vom 9.2.2020: S. 3 + 4.

AZB  
9320 Arbon

Post CH AG

## Vaterschaftsurlaub

**Endlich: Schweizer Väter erhalten zwei Wochen bezahlten Vaterschaftsurlaub, wenn alles schnell geht bereits ab Juli 2020. Am 27. September 2019 hat nach dem Stände- auch der Nationalrat für diesen Gegenvorschlag gestimmt.**

Zustande gekommen ist der Entscheid unter dem Druck einer Volksinitiative, die gar vier Wochen Urlaub verlangte. Zwei Wochen sind natürlich besser als nichts und da es fraglich schien, ob die Initiative mit vier bezahlten Wochen beim Volk durchkommen würde, zog das Initiativkomitee nach dem definitiven Ja der Räte seine Initiative zurück.

Aus Sicht der EVP ist der Parlamentsentscheid sehr erfreulich und überfällig. Seit Jahren setzen wir uns für einen flexiblen Vaterschaftsurlaub von mindestens zwei Wochen ein. Ein neugeborenes Leben braucht Zuwendung. Gewisse Geburten benötigen eine längere Erholungsphase. Geschwister wollen nicht vernachlässigt werden. Zudem gilt es, den Tages- (und Nacht-) Rhythmus und sonstige Umstände neu zu organisieren. Nur in Ausnahmefällen und unter sehr günstigen Umständen bewerkstelligt das eine Mutter problemlos allein. Ausserdem ist es richtig, wenn auch ein Vater eine frühe emotionale Bindung zum Kind aufbauen kann, was nach vollen, vielleicht belastenden Arbeitstagen oder wenn das Baby abends schläft, etwas schwieriger sein dürfte.



Foto: Familie Zingg

eigenen finanziellen Umstände, Möglichkeiten und Chancen auf dem Arbeitsmarkt derart unbedacht auf sämtliche arbeitstätigen Väter anwenden – in völliger Verkennung von Grenzen, die anderen Vätern und Müttern nun Mal gesetzt sind.

### Bezahlter Urlaub plus unbezahlte Elternzeit

Schliesslich zeigt auch ein Blick ins Ausland, dass die Schweiz hier Nachholbedarf hat. Was dabei auffällt: Viele europäische Länder wie etwa Frankreich oder Dänemark kennen neben einem bezahlten Vaterschaftsurlaub von rund zwei Wochen eine zusätzliche (meist) unbezahlte Elternzeit, die Vater und Mutter

### Schwache Argumente der Gegner

Aufhorchen lässt die salopp vorgetragene Begründung von Gegnern eines Vaterschaftsurlaubes. Mehrfach betonten Vertreter – vor allem aus der SVP – dass man die Vorteile schon sehe, wenn ein Vater nach der Geburt zuhause sein könne, dass ein solcher Urlaub aber in der Verantwortung des Vaters liege. Man könne ja bei der Arbeitsstellensuche darauf achten, dass der Arbeitgeber einen freiwilligen Urlaub bezahle, liess ein SVP-Vertreter im Radio SRF verlauten. Es stimmt nachdenklich, dass führende Politiker ihre

unter sich aufteilen können. Ein entsprechender Vorstoss für die Schweiz ist geplant.

### Aus dem Votum von Marianne Streiff im Nationalrat

EVP-NR Marianne Streiff hatte bereits vor neun Jahren eine Motion für einen Vaterschaftsurlaub eingereicht, die damals leider nicht behandelt wurde. Sie begrüsst, dass der Urlaub am Stück oder tageweise bezogen werden kann, sodass auch die Bedürfnisse der KMU berücksichtigt sind.

[michael.zingg@evp-thurgau.ch](mailto:michael.zingg@evp-thurgau.ch)

# Highlights im Grossen Rat

Liebe Leserin, lieber Leser

Ich blicke auf 13 Jahre im Grossen Rat zurück. Neben viel Knochenarbeit gab es besondere Momente und Erlebnisse:

Ich startete mit einer Einfachen Anfrage zur Tarot-Kunstgrenze in Kreuzlingen, die sogar in der Weltwoche Erwähnung fand. Bei den Wahlen 2008 feierten wir zwei Sitzgewinne, was unser EVP-Team auf sechs erhöhte. Genugtuung bereitete 2009 die Mitarbeit im Nein-Komitee gegen die Flat-rate-Tax, die vom Thurgauer Volk dann auch abgelehnt wurde.

Eine Freude war es, mit Vertretenden aus allen Parteien die Idee einer Besinnung umzusetzen, die seit 2010 zweimal jährlich vor den Grossratssitzungen stattfindet und von über der Hälfte des Rates besucht wird.

Spannend war auch die Mitarbeit in den Kommissionen zur Vorberatung von Gesetzesänderungen oder Initiativen. Für sieben Jahre war ich zudem in der Geschäfts- und Finanzkommission GFK, wovon vier Jahre als Präsident der Subkommission DIV.

Die Beratungen von Budget und Rechnungen mit dem Regierungsrat waren aufwändig, aber sehr wertvoll. Die GFK hatte aber auch über schwierige Fälle zu beraten, wie die Schliessung und politische Aufarbeitung eines vernachlässigten Pferdestalls.

Die Kontakte zu Regierung, Verwaltung und anderen Parteien erweiterten meinen Horizont, weshalb ich sehr gerne auf diese Zeit zurückblicke.

Natürlich bin ich meiner Partei und im Besonderen auch unseren Wählerinnen und Wählern für ihre treue Unterstützung äusserst dankbar.



wolfgang.ackerknecht@evp-thurgau.ch,  
Präsident EVP Thurgau, Frauenfeld

# Thurgauer Steuergesetzänderung bewirkt heftige Debatte im Grossen Rat

Die Schweiz erhielt von der EU Ende 2017 die Auflage, Steuerprivilegien für Holding- und Sitzgesellschaften zu eliminieren. Der eidgenössischen Abstimmung über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) vom 19. Mai 2019 stimmte das Volk zu.

## Die wichtigsten eidgenössischen Neuerungen

- Abschaffung der besonderen Steuerprivilegien für Stausgesellschaften.
- Strengere Regeln für Dividenden und Rückzahlung von Kapitaleinlagereserven der Unternehmen: In den Kantonen muss eine entsprechende Dividende zu mindestens 50% besteuert werden. Der Thurgau legt diesen Satz auf 60% fest.
- Einführung der Patentbox: Gewinn aus Patent wird tiefer besteuert.
- Zusätzliche Abzüge für Forschung und Entwicklung.



Bildquelle: Staatskanzlei Kanton Thurgau

## Die Thurgauer Steuervorlage

Regierungsrat und eine Mehrheit des Grossen Rates ergreifen zur Milderung der Steuerfolgen für Unternehmen folgende fakultative Hauptmassnahme: Festsetzung des kantonalen Gewinnsteuersatzes auf 2,5% (bisher 4%). Die EVP forderte zusammen mit CVP, SP und GP 3,5% und als maximales Entgegenkommen einen Satz von 3%. Dieser fand jedoch keine Mehrheit, da die Wirtschaftsseite drohte, sonst sämtliche sozialen Abfederungen abzulehnen. Die EVP ist enttäuscht, dass der interkantonale Steuerwettbewerb damit erneut angeheizt wird und dazu führt, dass andere Kantone ebenfalls sehr wirtschaftsfreundliche Anpassungen vornehmen, welche schliesslich die Steuerzahler berappen müssen.

## Buntes Flickwerk von «Sozialen Zuckerli» und Entlastungsmassnahmen

Um die happigen Mindereinnahmen von total 60,9 Mio. Franken (Kanton 25 Mio., politische Gemeinden 12,4 Mio., Schulen 19,2 Mio., Kirchen 4,3 Mio.) der Bevölkerung schmackhaft zu machen, sind soziale Abfederungen vorgesehen: Erhöhung des Steuerabzuges für die Versicherungsprämien; Erhöhung des Drittbetreuungskostenabzuges;

Erhöhung der Ausbildungszulagen um 30.- auf 280.-; Einführung einer Steuergutschrift von 100.- pro Kind als Kompromissvorschlag (damit wurde eine Erhöhung der Kinderzulagen um 30.-, welche die Arbeitgeber finanzieren müssten, abgewendet).

## Entlastungen:

Für die Politischen Gemeinden über das Krankenversicherungsgesetz und die Liegenschaftensteuer; für die Schulen mittels Änderung des Beitragssatzes; für die Kirchen mittels Erhöhung des Anteils der Grundstückge-

winnsteuer um 1,5%. Damit liegt ein Flickwerk von Kompensationen vor, welches bei einem Gewinnsteuersatz von 3% nicht in diesem Masse nötig wäre.

## Weshalb die EVP das Behördenreferendum unterstützte

Es haben zwar gute soziale Verbesserungen Einzug gefunden. Wenn wir aber die Einbussen beachten, werden Steuererhöhungen bei Gemeinden mit einem hohen Anteil an juristischen Personen zulasten der natürlichen Personen unumgänglich sein.

Alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften werden durch das forsche Vorgehen hart getroffen. Sie sehen sich ohne Vorbereitungszeit gezwungen, die einschneidenden Mindereinnahmen zu bewältigen. Denn das neue Steuergesetz soll rückwirkend auf den 1.1.2020 in Kraft treten, falls das Volk am 9.2.20 zustimmt.

Zwar hat der Regierungsrat zwischenzeitlich ein positives Budget 2020 vorgelegt und die Gemeinden sind aufgrund der relativ guten Prognosen für die Rechnungen 2019 zuversichtlicher als zuvor. Die längerfristigen Finanzprognosen der Gemeinden bleiben aber unsicher.

Die Vorlage kommt am 9.2.20 zur Abstimmung. Die EVP Thurgau wird an ihrer Versammlung am 9.12.19 die Parole zur Gesetzesrevision fassen. Gäste sind willkommen.



elisabeth.rickenbach@evp-thurgau.ch,  
Kantonsrätin, Frauenfeld

## Konsequent gegen Menschenhandel und Ausbeutung

Die EVP Thurgau war gut vertreten in Brugg, wo am 21. September der Sonderparteitag der EVP Schweiz zum Thema Ausbeutung und Menschenhandel stattfand. Hier war die EVP vor 100 Jahren gegründet worden. Der Kampf gegen Ausbeutung gehörte von Anfang an dazu.

In eindrücklichen Referaten wurde die aktuelle Situation in der Schweiz aus vier Blickwinkeln beleuchtet:

Der Stv. Leitende Staatsanwalt Baselland Daniel Stehlin zeigte, wie schwierig es ist, diese Verbrechen zur Anklage zu bringen. Aktuell fehle im Bereich der **Arbeitsausbeutung** der Straftatbestand der Bereicherungsabsicht.

Leah Edwards von EFN (European Freedom Network) aus den Niederlanden forderte weitere Studien zum schwedischen **Modell der Freierbestrafung** und wies auf die komplexen Herausforderungen des Internets hin.

Die Geschäftsführerin der nationalen **Meldestelle Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung ACT212**, Irene Hirzel, berichtete vom menschenverachtenden Vorgehen der **Loveboys**. Dazu konnte der Dienstchef Strukturdelikte der Kantonspolizei Aargau, Patrick Frey, gleich ein Beispiel aus der Praxis beisteuern.

Drahtzieher im Ausland sowie Opfer, die ihre Familien gefährdet sehen und deshalb keine Aussagen wagen, machen die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden aufwändig. Sie benötigen mehr Ressourcen, damit diese Verbrechen geahndet werden können.

Die Anwesenden unterzeichneten die Resolution **«Menschen sind keine Ware»**. Diese fordert:

1. Ausbau der Ressourcen von Bund und Kantonen für eine effektive und konsequente Strafverfolgung von Menschenhandelsdelikten.
2. Einführung eines eigenen Straftatbestands für Arbeitsausbeutung.
3. Umfassende Prävention, Sensibilisierung und Aufklärung, insbesondere gegen «Loveboys».
4. Geeignete Massnahmen für einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel gegenüber der Prostitution.

[www.evppev.ch/aktuell](http://www.evppev.ch/aktuell) > **Resolution gegen Menschenhandel und Ausbeutung**

[doris.guenter@evp-thurgau.ch](mailto:doris.guenter@evp-thurgau.ch)



Ausschnitt aus dem Abschlussfoto des Sonderparteitags am 21. September 2019 in Brugg (AG).

## Die Arbeit der Kommissionen im Grossen Rat

EVP-Kantonsrat Ruedi Bär berichtet aus seiner Mitarbeit in drei Kommissionen. Er freut sich über jede Kommission, in welcher er Einsitz nehmen und mitgestalten kann.



Demnächst beginnt für mich die Mitarbeit in der Kommission betreffend die Erhöhung des Bestandes der Kantonspolizei von bisher 384 auf maximal 475 Polizistinnen und Polizisten. Der Regierungsrat begründet die geplante Erhöhung mit der zunehmenden Komplexität der polizeilichen Aufgaben. Diese Erfahrung deckt sich mit der EVP-Resolution im Artikel gleich oben. Aktuell rangiert der Thurgau bei der Polizeidichte pro Einwohner an der letzten Stelle aller Kantone, obwohl unsere Kapo zusätzliche Aufgaben wie Grenzkriminalität und Bundesasylzentrum zu bewältigen hat.

Kürzlich beendete die Kommission zum Erweiterungsbau Regierungsgebäude in Frauenfeld ihre Arbeit. Ich bin sehr zufrieden mit der gut gelungenen Planung dieses Baus. Einzelheiten darf ich noch nicht verraten, denn bevor der Kommissionsbericht zur Veröffentlichung frei gegeben ist, gilt strenge Geheimhaltungspflicht. Diese macht Sinn, denn in einer Kommission kann nur offen diskutiert und verhandelt werden, wenn keine Informationen nach aussen dringen.

Auch in der Kommission zum Feuerschutzgesetz arbeitete ich mit. Diesem Gesetz stimmte der Grosse Rat am 11.9.2019 ohne Gegenstimme zu, was von einer erfolgreichen Kommissionsarbeit zeugt.

[rudolf.baer@evp-thurgau.ch](mailto:rudolf.baer@evp-thurgau.ch)

## Bezahlbare Wohnungen



Die Hypothekarzinsen sinken seit Jahren. Die Zinsen für Mietwohnungen hingegen kennen nur eine Richtung: nach oben. Die Differenz fliesst in die Taschen der Hauseigentümer. Vor allem in den Städten findet ein Verdrängungsprozess mit unangenehmen Folgen für die Betroffenen statt.

Zum Beispiel am Schorenweg in Basel. Dort erhielten im März 2019 200 Mietpartien die Kündigung. Viele dieser Leute werden nicht mehr in der Stadt fündig und müssen weg ziehen. Für Familien und ältere Menschen ein herber Schlag.

Nebst energetischen Sanierungen, die in der Regel sinnvoll sind, werden häufig unnötige Komfort- und Luxussanierungen durchgeführt, um später das Maximum an Rendite herausholen zu können. So fallen die Mietzinsen nach dem Umbau einiges teurer aus als vorher.

Nebst energetischen Sanierungen, die in der Regel sinnvoll sind, werden häufig unnötige Komfort- und Luxussanierungen durchgeführt, um später das Maximum an Rendite herausholen zu können. So fallen die Mietzinsen nach dem Umbau einiges teurer aus als vorher.

Die **«Initiative für mehr bezahlbare Wohnungen»** will diesen Umständen entgegenwirken: Sie fordert, dass der Bund sich für mehr Genossenschaftswohnungen einsetzt und sicherstellt, dass die Bundesgelder zur Förderung von Sanierungen nicht zum Verlust von preisgünstigen Mietwohnungen führen.

Der Bundesrat erkennt die Problematik, empfiehlt die Initiative in seiner Botschaft trotzdem zur Ablehnung. Ein Hauptargument: Die Initiative sei nicht «marktkonform». In der Begründung steht: «Die künftige Herausforderung ... wird bestehen ..., dass eine weitere Angebotsausweitung nicht nur im oberen Preissegment möglich wird» und «...darüber hinaus braucht es ... Investoren, die sich nicht allein an den am Markt erzielbaren Preisen orientieren». Und wie bitte soll dies marktkonform umgesetzt werden?

Die EVP Thurgau fasst am 9.12.19 ihre Parole, die Abstimmung findet am 9.2.20 statt.

[jon-peider.denoth@evp-thurgau.ch](mailto:jon-peider.denoth@evp-thurgau.ch)

# Schutz vor Rassismus auch aufgrund der sexuellen Orientierung – was bringt's?

Der vom Walliser SP Nationalrat Mathias Reynard eingebrachten Gesetzesänderung stimmten National- und Ständerat zu. Weil die EDU und die Junge SVP das Referendum ergriffen, kommt sie im nächsten Jahr vors Volk. Bringt sie aber tatsächlich etwas oder verwässert sie das Strafgesetz?

Die Hoffnung ist wieder einmal sehr gross. Die Geschäftsleiterin der Lesbenorganisation Schweiz (LOS), Anna Rosenwasser, ist überzeugt: «Die Erweiterung der Strafnorm gewährleistet ein sicheres Leben für Lesben, Bisexuelle und Schwule».

## schwächt die Autorität des Rechts.»

Dahinter steckt die Überzeugung, dass es schon schwierig genug ist, die Rassismusstrafnorm gesetzlich durchzusetzen. Bei der Ausweitung des Gesetzes auf den bislang noch nie verwendeten Begriff «Sexuelle Orientierung» wird es fast unmöglich sein, diesen juristisch klar und gesellschaftlich verständlich anzuwenden. Ein nicht durchsetzbares und nicht nachvollziehbares Gesetz aber schwächt die Autorität des Rechts.



Auch Roman Heggli, Geschäftsleiter des Dachverbandes der schwulen und bisexuellen Männer Pink Cross glaubt an eine grosse symbolische Bedeutung des Gesetzes: «Es wäre das erste Mal, dass Diskriminierungen gegen Homosexuelle klar unter Strafe gestellt würden, was für unsere Akzeptanz und im Hinblick auf die Gleichstellung ein Fortschritt wäre.»

## Keine Beschneidung der Meinungsfreiheit

Fraglos gilt, was die EVP Schweiz nach Zustandekommen des Referendums veröffentlicht hat: **«Diskriminierung, Hass oder systematische Herabsetzung von Menschen sind für Christen und damit auch für die EVP nie gerechtfertigt.»**

Die bei der damaligen Einführung der Rassismus-Strafnorm häufig geäusserte Befürchtung, dass die Meinungsfreiheit beschnitten würde, hat sich nicht bewahrheitet. Die Meinungsfreiheit wird auch hier nicht wirklich in Gefahr geraten, obwohl das vom Referendumskomitee als Hauptargument vorgebracht wird.

Die Idee allerdings, dass ein Gesetz Moral und Verhalten einer Gesellschaft ändern würde, wäre nicht nur für die Schweiz eine neue Erfahrung. Die NZZ vom April 2019 fasst das klug zusammen: «Das Strafrecht widerspiegelt moralische Grundwerte der Gesellschaft und stärkt sie, indem sie unabdingbare Verhaltensnormen definiert. ... **Aber die Welt mithilfe des Strafgesetzes besser zu machen,**

## Mehr Zivilcourage

Fast absurd wirkt es dann, wenn Robert Heggli (Pink Cross) meint, dass vor allem auch Schüler, die homosexuelle Kameraden diskriminieren, härter angepackt werden sollten. Erziehung durch Strafe – das war doch mal eine Idee, von der sich die heutige Pädagogik nicht nur in der Schule zum Glück weit entfernt hat. Was es braucht, sind nicht Strafe und gesetzliche Massnahmen. Was es in dieser Frage vor allem braucht, sind einerseits die Öffnung der Rechte für Menschen, die gesellschaftlichen Diskriminierungen ausgesetzt sind und andererseits das persönliche und gesellschaftliche Engagement in Situationen von homophoben Verunglimpfungen, von Hass und Diskriminierung. Oder gemäss NZZ: «Mehr als eine Strafanzeige beim nächsten Polizeiposten bringt in solchen Fällen eine gesunde Portion Zivilcourage – also: Tacheles reden, wenn sich wieder einmal jemand in Ton und These vergreift.»

Zivilcourage – dazu rief bereits Zwingli auf (Bild). Statt auf einen Staat zu hoffen, der alles regelt, sind wir persönlich gefordert, uns gegen Ungerechtigkeiten zu wehren, auch wenn es unangenehm ist.



Die EVP Thurgau wird an ihrer Versammlung am 9.12.2019 die Parole fassen. Gäste sind willkommen.

[juerg.schorro@evp-thurgau.ch](mailto:juerg.schorro@evp-thurgau.ch)

# Aus der Bibel für die Politik

## Liebe Leserin, lieber Leser

Jeder soll einen guten Ort haben, um zu leben: «Ein jeder wird unter seinem Weinstock sitzen, und da wird keiner sein, der sie aufschreckt!» (Micha 4,4).

Dass das heute noch eine Vision ist, habe ich in London erfahren, wo ich für 8 Monate lebte. Wer in Zentrumsnähe leben will, braucht viel Geld. Die hohen Mietpreise bewirken eine Segregation (Trennung von sozialen Gruppen, Bildung von Ghettos). So finden sich am Stadtrand Quartiere, die multikulturell und arm sind. In zentrumsnahen leben vor allem wohlhabende Weisse.

Wenn wir 2020 über bezahlbaren Wohnraum abstimmen, geht es dabei auch um die Verhinderung von Segregation und um gleiche Chancen, damit jeder unter seinem Weinstock sitzen kann.



Meret Engel  
Pfarrer  
Romanshorn

## Feedback

### Die EVP interessiert mich

- Senden Sie mir Unterlagen.
- Nehmen Sie bitte mit mir Kontakt auf.

### Folgende Person interessiert sich für die Thurgauer Akzente

- Senden Sie das Blatt an:

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ Ort \_\_\_\_\_

Tel. \_\_\_\_\_

Mail \_\_\_\_\_

### Die Thurgauer Akzente interessieren mich nicht

- Streichen Sie meine Adresse:

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ Ort \_\_\_\_\_

Bitte kreuzen Sie Ihren Wunsch an und schicken Sie den Talon an die Redaktionsadresse im Impressum. Ihre Adresse werden wir nicht weiter verwenden.

Zu vermieten:

## Komfortable Ferienwohnung in Falera GR



3½ Zimmer, 5 Betten,  
ruhig, mit Panorama.

Sehr schönes Wander-  
und Skigebiet.

Günstiger Mietpreis  
(auf Anfrage).

Im Januar und ab  
29.2.2020 noch frei.

[www.ferienwohnungen-falera.ch](http://www.ferienwohnungen-falera.ch)

Regula & Rolf  
Streckeisen  
Romanshorn  
079 415 93 10  
[r.streckeisen@bluewin.ch](mailto:r.streckeisen@bluewin.ch)

### Impressum

Herausgeber  
EVP Kanton Thurgau,  
[www.evp-thurgau.ch](http://www.evp-thurgau.ch)



Redaktionsadresse/Inserate  
Regula Streckeisen, Amriswilerstr. 20  
8590 Romanshorn, 071 477 21 36,  
[redaktion@evp-thurgau.ch](mailto:redaktion@evp-thurgau.ch)

Redaktionsteam  
Jon Peider Denoth (jpd), Judith Huber  
(jh), Jürg Schorro (js), Regula Streckeisen (rs), Michael Zingg (mz)

Abonnement  
15 Franken pro Jahr

Bankverbindung  
Postkonto 85-1721-8  
IBAN CH83 0900 0000 8500 1721 8

Adressänderungen  
[pascal.haller@evp-thurgau.ch](mailto:pascal.haller@evp-thurgau.ch),  
Austrasse 36, 9548 Matzingen

Auflage  
3'800 Exemplare  
Geht an die Mitglieder der EVP  
Thurgau und an Interessierte.

Erscheinungsweise  
vierteljährlich

Druck  
Brüggli Medien, Romanshorn

Die EVP Thurgau lädt ein

## Ein informatives und ein geselliges Angebot der EVP Thurgau

Herzliche Einladung zur Podiumsveranstaltung

### «Suchtmittel – im Spannungsfeld von Liberalisierung und Prävention»

Dienstag, 12. November 2019, 19:15 Uhr im  
Berufsbildungszentrum Weinfelden

Referenten/innen:

**Judith Hübscher**, kantonale Beauftragte für Gesundheitsförderung

**Roger Stieger**, Geschäftsführer Jugendbereich Blaues Kreuz Thurgau

**Sabina Peter Köstli**, Präsidentin Perspektive Thurgau

**Thomas Feurer**, Verein Endlesslife Suchthilfe, St. Gallen

Moderation:

**Elisabeth Rickenbach**, Kantonsrätin EVP TG

Die Referenten/innen bringen reiche Erfahrungen mit und beantworten **Fragen aus dem Publikum.**

Weitere Infos: [www.evp-thurgau.ch/aktuell/podium/](http://www.evp-thurgau.ch/aktuell/podium/)

**Die EVP Thurgau lädt alle Interessierten herzlich ein.**  
Der Anlass ist öffentlich.

Herzliche Einladung zum

### Neujahrsempfang – Gemeinsam ins Neue Jahr starten

Freitag, 10. Januar 2020, ab 18:00 Uhr im  
Murghof in Frauenfeld

Persönliche und politische Gespräche führen.  
Über Gott und die Welt plaudern.

**Die EVP Bezirk Frauenfeld lädt alle Mitglieder und Freunde der EVP Thurgau mit ihren Familien herzlich ein.**

**Kosten** für Essen mit Mineralwasser: 45.-/Erw., 25.-/Kind

**Anmeldung** bitte bis 2. Jan. 2020 unter  
[www.evp-thurgau.ch/aktuell/termine/](http://www.evp-thurgau.ch/aktuell/termine/) oder an  
[elisabeth.rickenbach@evp-thurgau.ch](mailto:elisabeth.rickenbach@evp-thurgau.ch)

**Veranstaltungsort:**

Murghof Werkstätten  
Balierstrasse 29 oder Altweg 4  
8500 Frauenfeld

## Solidarität mit bedrängten Christen!

### ■ Mahnwache

Donnerstag

12. Dezember 2019

18.00–18.30 Uhr

[tcsi-schweiz.ch](http://tcsi-schweiz.ch)



- Basel Claraplatz
- Bern Heiligegeistkirche, Bhf.platz
- Bischofszell Grubplatz
- Buchs gegenüber Coop
- Chur Bhf.str. vor dem Café Maron
- Frauenfeld Sämannsbrunnen
- Giubiasco vor der Kirche
- La Neuveville Place de la Gare
- Lausanne Place St-Laurent
- Luzern Torbogen beim Bahnhof
- Neuenburg Place Pury
- Romanshorn vor Bodankomplex
- St.Gallen Marktgasse Brunnen
- Thun Rathausplatz
- Weinfelden Marktplatz
- Zürich Paradeplatz
- Strassburg

 **brunnestube**  
christliche Bücher und mehr

Schmidstr. 2 8570 Weinfelden  
info@brunnestube.ch 071 622 54 89  
www.brunnestube.ch  
Di – Fr: 09.00h–12.00h 13.30h–18.30h  
Sa: 09.00h–16.00h durchgehend

Mit diesem Abschnitt 10% Ermässigung auf



**Losungen, Kalender und Agenden 2020.**



## Die Headlines machen es aus

### Agenda

## Termine

**12. November 2019, 19:15**

Podiumsveranstaltung Suchtprävention (siehe S. 5)

**21. November 2019, 19:30**

Nominationsversammlung Bezirk Arbon, Hotel Inseli, Romanshorn

**28. November 2019, 19:30**

Nominationsversammlung Bezirk Frauenfeld, Alterszentrum Park, Frauenfeld

**30. November 2019, 10:00**

Delegiertenversammlung EVP CH, Weinfelden

**9. Dezember 2019, 19:30**

Parteiversammlung EVP Thurgau, Hotel Inseli, Romanshorn

**11. Dezember 2019, 19:30**

Jahresabschluss EVP Arbon

**10. Januar 2020, ab 18:00**

Neujahrsempfang EVP TG (S. 5)

**17. Februar 2020, 19:30/20:15**

Jahresversammlung EVP Weinfelden, 20.15 Uhr EVP Bezirk Weinfelden. Mit Präsentation der Grossrats-Kandidierenden. Restaurant Eisenbahn, Weinfelden.

**Zu allen Anlässen sind Gäste herzlich willkommen.**

Infos auf: [www.evp-thurgau.ch](http://www.evp-thurgau.ch)

### Simon Frey berichtet von seinen Erfahrungen als Nationalratskandidat – zusammengefasst anhand eines exemplarischen Tages.

Der Morgen beginnt ruhig und harmlos. Vielleicht sogar ein bisschen verschlafen. Kaum den Schlaf aus den Augen gerieben fällt es mir wie Schuppen von den Augen: «Ich kandidiere für den Nationalrat». Ein Hauch Stress macht sich breit – doch die nötige Dusche bringt Beruhigung. Nach dem Frühstück den Computer aufstarten und Mails checken. Der Posteingang präsentiert sich überfüllt mit Interviewanfragen von Zeitungen, Aufforderungen zu Stellungnahmen oder zum Ausfüllen von Fragebögen. Aber das ist nur die eine Seite. Auch die Partei wünscht eine gewisse Anteilnahme und dass man sich, sofern möglich, ein wenig investiert.

Die wiederkehrende Frage an mich selbst: «Was liegt noch drin?» Kaum die Mails durchgeschaut ist es Mittag. Doch vor dem Kochen noch kurz die Post holen. Da strahlen mich aus den Zeitungen viele sympathische Blicke an. Stimmt: «Die Wahlplakate müssen auch noch aufgestellt werden!». Die Headlines der Artikel lassen mich aufhorchen. Die Themen sind «heiss» – in die muss ich mich doch noch vertiefen. Wohl als Gute-Nacht-Lektüre.

Nach dem Essen ruft ein Freund an und fragt, was er mit den Wahl-Unterlagen machen sollte? Gespräche wie diese benötigen Zeit. Soviel, dass es für ein gutes Dessert nicht mehr reicht. Am Nachmittag noch einige Termine für Polit-Podien fixieren und mich für die Wahlkommissions-Sitzung vorbereiten.

Langsam schleicht sich die Müdigkeit ein, aber für den grossen Moment mag ich mich noch einmal aufraffen. Beim Abendessen einige Social-Media

Einträge posten, danach zur Sitzung fahren, ausharren und dann ab ins Bett. Der Tag war aufregend und vielseitig. **Etwas bewegen zu dürfen ermutigt und inspiriert.**

[simon.frey@evp-thurgau.ch](mailto:simon.frey@evp-thurgau.ch)



Foto: Balz Kubli

## Gute Gründe

### ...Mitglied der EVP zu werden

Politik ist ein Weg, die Gesellschaft mitzuprägen. Die EVP tut das in der Verantwortung gegenüber dem Schöpfer und auf der Grundlage des Evangeliums.

Als Mitglied...

- gestalten Sie eine christliche Politik der Zukunft mit.
- prägen Sie die politische Willensbildung in der EVP mit.
- finden Sie persönlichen Kontakt zu Amtsträger/innen.

Wagen Sie den Beitritt, wir freuen uns auf Sie! (rs)

## Einbürgerung bei der zweiten Generation

### Neues Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht schafft Ungerechtigkeit



Im Dezember 2017 wurde das kantonale Gesetz mit einer markanten Verschärfung der Sprachkompetenz gegenüber dem Bundesgesetz vom Grossen Rat mit 65:55 Stimmen genehmigt. Einzig die Kantone Thurgau und Schwyz verlangen höhere Anforderungen als der Bund.

Vom Sprachnachweis ausgenommen ist, wer:

- Deutsch als Muttersprache spricht und schreibt.
- während mindestens fünf Jahren die obligatorische Schule in deutscher Sprache besucht hat.
- eine Ausbildung auf Sekundarstufe II oder Tertiärstufe in deutscher Sprache abgeschlossen hat (mindestens Lehrabschluss).

Das Niveau entspricht den Maturitätsabschlusskriterien in Fremdsprache. Befragte Sekundarlehrer gehen davon

aus, dass rund ein Drittel der SchulabgängerInnen dieses Level in Deutsch nicht erreichen. Fünf Schuljahre in der Schweiz sind geradezu lächerlich.

Erschwerend kommt hinzu, dass Mundart verstanden werden muss, die Prüfung aber in Schriftsprache stattfindet. Damit müssen in der Deutschen Schweiz zwei Sprachen erlernt werden.

Es gibt sehr gut integrierte Mitbewohner, für welche die Sprachbarriere eine kaum zu überwindende Hürde für den Schweizer Pass darstellt. Andererseits müssen weniger gut Integrierte aufgrund des Schweizer Schulbesuchs durchgewunken werden. Dies ärgert mich als Mitglied der zuständigen Justizkommission. Leider ist die Sprachregelung wohl absichtlich im Gesetz verankert, damit die ungerichte Hürde nur schwer aus der Welt zu schaffen ist.

[hansjoerg.haller@evp-thurgau.ch](mailto:hansjoerg.haller@evp-thurgau.ch), Kantonsrat, Hauptwil